Jugendsozialarbeit → aktuell | Nummer 231 November 2024

Sehr geehrte Leser*innen,

etwa zehn bis fünfzehn Prozent aller Geflüchteten, so die Schätzungen von Handicap International, haben eine Behinderung. Geflüchtete Menschen mit Behinderungen sind oft mehrfach benachteiligt – durch Sprachbarrieren, durch Unsicherheiten im rechtlichen Rahmen und durch den Mangel an spezialisierten Angeboten. Bei ihrer Aufnahme und Integration sind sie in Deutschland mit hohen Barrieren konfrontiert, denn ihr spezifischer Bedarf wird im staatlichen Prozess der Aufnahme und Integration zu wenig beachtet, weil dabei das Kriterium Behinderung nicht systematisch berücksichtigt wird.

Aufgabe ist es, diesen Menschen den Zugang zu passenden Unterstützungsangeboten zu erleichtern, ihnen mehr Teilhabe zu ermöglichen und systemische Barrieren abzubauen. Ein zentraler Fokus liegt dabei auf der Schnittstelle zwischen Flüchtlingshilfe, Migrationsberatung und Behindertenhilfe. Die LAG Katholische Jugendsozialarbeit NRW führte Ende September eine dreitägige Fachtagung durch, um Expert*innen, Berater*innen sowie Interessierte aus verschiedenen Beratungsstellen und Organisationen zusammenzubringen und dieses bislang leider oft vernachlässigte Thema in den Blick zu nehmen.

Im Rahmen der Fachtagung sprach Christine Müller mit den drei Kolleg*innen Ursula Bissessar (JMD Bonn), Heike Alessio (JMD Leverkusen) und Kirsten Raaf (JMD Rhein-Erft), die auf dieses Thema aufmerksam gemacht hatten, über die aktuelle Situation in der Beratung und notwendige Veränderungen.

Stefan Ewers Geschäftsführer

Menschen mit Behinderung in der Beratung des Jugendmigrationsdienstes

Mit welchen Zielgruppen arbeiten Sie im Allgemeinen als Berater*innen in dem JMD und wie ist ihre Rolle hierbei?

"Wir betreuen vorwiegend junge Menschen mit Migrationsgeschichte im Alter zwischen 12 und 27 Jahren, die nach Deutschland gekommen sind. Viele davon sind in den letzten fünf bis zehn Jahren eingewandert. Sie kommen zu uns in die Beratung vor allem mit Fragen über das Erwachsenwerden, den Übergang von Schule zum Beruf und anderen Dingen. Oft möchten sie einfach eine Vertrauensperson oder ein Gegenüber haben, da sie in ihren Familien nicht immer ausreichende Unterstützung bekommen können - sei es aufgrund von Sprachbarrieren oder weil ihre Eltern das deutsche System nicht kennen. Neben der beratenden und begleitenden Rolle sehe ich mich auch zunehmend anwaltschaftlich in der Verantwortung. Es geht oft darum, die Interessen der jungen Menschen zu vertreten."

Wie oft begegnen Sie in Ihrer Beratungsarbeit Menschen, die neben einer Migrationserfahrung auch eine Behinderung haben?

"In meiner Beratung kommt das häufiger vor. Die Frage ist allerdings, wie man "Behinderung" definiert. Menschen mit körperlichen Behinderungen sehe ich eher vereinzelt. Das mag auch mit den baulichen Gegebenheiten zu tun haben. Zumindest ist unser Erdgeschoss barrierefrei und bei Bedarf kann dort ein Beratungstermin stattfinden, auch wenn sich die JMD-Büros technisch gesehen auf verschiedenen Etagen des Gebäudes befinden. Aber ich glaube, wir müssen noch proaktiver auf unserer Website

Es gäbe sicher noch mehr Fälle von Menschen mit kognitiven oder psychischen Beeinträchtigungen, wenn in anderen Systemen wie Schule oder Beratungsstellen besser hingeschaut würde. deutlich machen, was wir anbieten können, damit sich Menschen wohler fühlen, sich anzumelden oder nachzufragen: 'Gibt es da überhaupt eine Möglichkeit vor Ort mit einer barrierefreien Toilette oder einem Beratungsraum?'

Häufiger begegnen mir Klient*innen mit kognitiven oder psychischen Beeinträchtigungen. Wir hätten sicher noch mehr solcher Fälle, wenn in anderen Systemen wie Schule oder anderen Beratungsstellen besser hingeschaut würde. Oft wird eine kognitive Einschränkung nicht als solche erkannt, sondern eher gesagt: ,Die Person ist traumatisiert und deswegen lernt sie kein Deutsch.' Oder ,Sie will nicht lernen.', ohne zu hinterfragen, ob es vielleicht eine kognitive Einschränkung gibt."

Haben Sie spezifische Barrieren erlebt, die besonders Menschen mit Migrationserfahrung und Behinderung betreffen? Gibt es Erfahrungen von Mehrfachdiskriminierung?

"Ein deutliches Beispiel ist die Unterbringung. Ich betreue einen schwer mehrfachbehinderten jungen Mann, der immer noch in einer Geflüchtetenunterkunft lebt. Wir versuchen, Leistungen wie ein Pflegebett zu beantragen, aber es gibt in der Unterkunft einfach keinen Platz dafür. Barrierefreie Zugänge zu Toiletten oder Waschräumen gibt es auch nicht. Seine Eltern müssen ihn im Flur waschen, weil sie ihn im Winter nicht über den Hof schieben können. Als sich seine Schwester darüber beim Sozialamt beschwerte, antwortete ihr die Leiterin des Sozialamtes: ,Wenn es dir nicht gefällt, dann kannst du ja nach Hause gehen. Warum bist du dann hierher gekommen?' Das finde ich schon ziemlich heftig."

"Ja, solche Situationen sind erschreckend. Häufig begegnen wir auch Vorurteilen, z.B. bei der Beantragung eines Pflegegrads. Es wird oft unterstellt, dass eine Behinderung vorgeschoben wird, um nicht abgeschoben zu werden. Auffällig ist, dass teilweise die Einstufung der Pflegestufen geringer ausfällt als in vergleichbaren Fällen.

In einem anderen Fall hatte eine junge Frau aus dem Irak im Herkunftsland ein medizinisches Ereignis, das nie richtig diagnostiziert wurde. Sie war danach ein Jahr lang in ihrem Zimmer allein, wurde von der Familie versorgt, erkannte aber niemanden mehr. Wir haben versucht, hier in Deutschland eine ärztliche Diagnose zu bekommen, aber es gibt so viele Hürden. Sie hat immer noch eine Duldung und ihre Hausärztin hat die Untersuchung abgelehnt, weil der Fall zu kompliziert ist."

"Ich kenne eine junge Frau aus der Beratung. Sie ist Anfang 20 und mit einer Hörbehinderung nach Deutschland gekommen. Das wurde erst nach zwei, drei Jahren festgestellt. Inzwischen hatte sie bereits einen Integrationskurs gemacht, bei dem sie immer wieder die Hörprüfung nicht bestanden hat. Und ich frage mich: Warum hat das niemand bemerkt? Jetzt versuchen wir, dass sie an einem Gebärdensprachkurs, also einem Orientierungskurs oder Integrationskurs, teilnehmen kann."

Was ist für Sie in solchen Situationen in der Beratung wichtig?

"Am wichtigsten ist für mich, eine Beziehung und ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Es ist schwierig, gleich im ersten Gespräch solche Themen wie beispielsweise eine kognitive Einschränkung anzusprechen. Mein Ansatz ist es, erstmal herauszufinden, welche Bedürfnisse die Person hat, bevor ich konkrete Methoden anwende. Jeder Fall ist anders und ich versuche, flexibel zu reagieren. Ich hatte mal einen Klienten, dessen Autismus mir allerdings vorher angekündigt wurde. Da habe ich mich im Vorfeld eingelesen und das Gespräch vorbereitet."

Wie barrierefrei sind die Einrichtungen?

"Leider kann ich sagen, dass viele Einrichtungen, mit denen wir zusammenarbeiten, nicht wirklich barrierefrei sind. Es gibt oft keine rollstuhlgerechten Eingänge bzw. Durchgänge oder keine entsprechenden Toiletten. Das schränkt den Zugang für Menschen mit körperlichen Einschränkungen erheblich ein. Es betrifft allerdings nicht nur die baulichen Gegebenheiten, sondern auch die Ausstattung der Räumlichkeiten. Oftmals fehlt es an technischen Hilfsmitteln, wie z.B. Hörgeräten oder speziellen Softwarelösungen für Menschen mit Sehbehinderungen. Wenn unsere Klient*innen kommen,

müssten sie eigentlich eine Umgebung vorfinden, die ihre Bedürfnisse unterstützt. Wenn das nicht gegeben ist, fühlen sie sich oft nicht wohl und zögern, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zusätzlich zu den physischen Barrieren sind auch die Informationen oft nicht barrierefrei zugänglich. Viele unserer Materialien sind nicht in Leichter Sprache oder in anderen Formaten verfügbar, die für Menschen mit bestimmten Behinderungen hilfreich wären. Eine wesentliche Voraussetzung für eine inklusive Beratung wäre sicherzustellen, dass unsere Informationen für alle verständlich sind. Wenn wir nicht in der Lage sind, barrierefreie Kommunikationsmethoden anzubieten, wie zum Beispiel Gebärdensprachdolmetscher*innen, dann schränken wir den Zugang zu unseren Dienstleistungen weiter ein. Es ist wichtig, dass wir hier proaktiv handeln, damit sich alle Klienten willkommen fühlen."

"Eine der großen Herausforderungen sehe ich vor allem darin, dass es oft keine klaren Richtlinien oder Standards gibt, wie Barrierefreiheit in unseren Einrichtungen umgesetzt werden sollte. Wir benötigen klare Vorgaben und Unterstützung von der Verwaltung, um sicherzustellen, dass wir in unseren Räumen und bei unseren Dienstleistungen barrierefrei sind. Das würde auch dazu beitragen, dass wir als Berater*innen besser auf die Bedürfnisse unserer Klient*innen eingehen können. Es ist frustrierend zu sehen, dass trotz der Fortschritte, die in den letzten Jahren gemacht wurden, immer noch so viele Barrieren existieren. Wir müssen uns stärker dafür einsetzen, dass Barrierefreiheit eine Priorität wird und dass alle Klient*innen gleichberechtigten Zugang zu unseren Angeboten haben."

Inwieweit können Sie auf Unterstützung oder spezialisierte Kooperationspartner*innen in besonders komplexen Fällen zurückgreifen?

"Das Gesundheitssystem ist nicht immer hilfreich. Die Wege zur Diagnosestellung und Anerkennung sind oft lang und bürokratisch. Manchmal habe ich das Gefühl, dass besonders komplexe Fälle gerne mal "durchgereicht" werden, weil sich niemand wirklich zuständig fühlt. Teilweise arbeiten wir mit Behindertenbeauftragten oder Organisationen wie dem Integrationsfachdienst oder der Unabhängigen Teilhabeberatung zusammen. Die Netzwerke sind allerdings nicht immer gut etabliert. Oft fehlt es an klaren Zuständigkeiten und schnellen Reaktionszeiten. Manche sind aber auch überlastet. Wir müssen dann selbst kreativ werden und uns auch auf unkonventionellen Wegen Hilfe suchen. Inzwischen fange ich aber an, mir ein entsprechendes Netzwerk aufzubauen."

Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel Schulen, Jugendämtern oder Gesundheitseinrichtungen, wenn es um Klient*innen mit Behinderungen geht?

"Die Zusammenarbeit ist oft herausfordernd, da viele Systeme überfordert sind. Termine bei Fachärzt*innen sind unglaublich schwer zu bekommen. Wenn die Jugendlichen dann beim Arzt sind, kommt oft das nächste Problem: Der Arzt oder die Ärztin nimmt sich nicht die Zeit, um die Sprachbarrieren zu überwinden, oder verweist direkt auf psychische Ursachen, ohne das Problem ernsthaft zu untersuchen. Auch in der Schule gibt es Schwierigkeiten mit der Inklusion, vor allem wenn die Sprachbarrieren hinzukommen. Dann wird die Verantwortung schnell auf uns abgeschoben. Oft fallen die Klient*innen durch das Netz der sozialen Hilfen, weil keiner so richtig zuständig ist. Wir stehen dann als Berater*innen da und müssen uns irgendwie durchwühlen, um eine Lösung zu finden. Besonders schwierig wird es, wenn der Übergang von der Schule in den Beruf ansteht. Da gibt es viele Schnittstellen, die nicht funktionieren."

Welche konkreten Wünsche oder Verbesserungen hätten Sie für Ihre Arbeit, besonders im Umgang mit Klient*innen, die eine Behinderung und eine Migrationsgeschichte haben?

"Wir alle wünschen uns eine bessere Verzahnung der Systeme. Die Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen muss verbessert werden, damit wir schneller und effektiver auf die Bedürfnisse der Klient*innen reagieren können. Dann wäre es wichtig, dass sich alle in den Systemen, z.B. in den Schulen, Jugendämtern und im Gesundheitssystem sensibler und besser auf die besonderen Bedürfnisse dieser jungen Menschen einstellen. Es fehlt oft an der nötigen Empathie und dem Verständnis, dass hier eine Mehr-

Oft fallen Klient*innen mit teilweise komplexen Bedarfen durch das Netz der sozialen Hilfen, weil keiner so richtig zuständig ist oder weil sich die entsprechenden Stellen nicht ausreichend Zeit nehmen, um unter den gegebenen Herausforderungen, wie z.B. der Sprachbarriere, Lösungen zu finden.

Junge zugewanderte Menschen mit Behinderung haben oft doppelte Hürden zu überwinden. Es geht nicht nur um Behinderung oder Migration allein, sondern um die Kombination beider Faktoren. Daher bräuchte es mehr Flexibilität im System, um auf individuelle Bedürfnisse einzugehen.

fachbelastung vorliegt. Für uns selbst wären mehr zeitliche Ressourcen in der Beratung dringend nötig. Gerade in komplexen Fällen bräuchte man mehr Zeit, um intensive und nachhaltige Hilfe leisten zu können. Oft bleibt es bei einer Krisenintervention, anstatt langfristig begleiten zu können."

Wie könnte die Politik konkret das Leben von jungen Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung verbessern?

"Wichtig wäre die Barrierefreiheit in allen Bereichen des Lebens, besonders bei der Unterbringung. Menschen mit Behinderung haben oft keine Chance, aus den überfüllten Unterkünften herauszukommen, weil es keine alternativen Wohnmöglichkeiten gibt. Darüber hinaus müsste es mehr Ressourcen für Inklusionsprojekte geben, die speziell auf junge Migrant*innen mit Behinderung zugeschnitten sind. Dazu gehört auch, dass Schulen und Ausbildungsstätten besser ausgestattet werden, um diesen Jugendlichen die nötige Unterstützung zu bieten. Und es bräuchte mehr Flexibilität im System, um auf individuelle Bedürfnisse einzugehen. Zum Beispiel wäre es hilfreich, wenn bei der Beantragung von Leistungen nicht nur die Behinderung, sondern auch die Migrationserfahrung berücksichtigt würde. Diese jungen Menschen haben oft doppelte Hürden zu überwinden. Ich finde es wichtig, dass wir das Thema Mehrfachdiskriminierung stärker in den Fokus rücken. Es geht nicht nur um Behinderung oder Migration allein, sondern um die Kombination beider Faktoren. Hier braucht es noch viel Sensibilisierung und politische Veränderungen."

Inwieweit hat sich in den letzten Jahren die Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung verändert?

"Ich beobachte eine zunehmende Bürokratisierung. Früher war es manchmal einfacher, schnell und unbürokratisch Hilfe zu organisieren. Heute wird vieles verkompliziert, weil immer mehr Regeln und Kontrollen hinzukommen. Gerade im Bereich der Anerkennung von Behinderungen oder psychischen Erkrankungen dauert es immer noch viel zu lange. Aus meiner Sicht hat sich aber vor allem das Bewusstsein für die Themen Inklusion und Migration verbessert. Aber in der praktischen Umsetzung gibt es noch viele Hürden. Notwendig ist aus meiner Sicht, einfach anzufangen und zu machen, Bedürfnisse und Bedarfe abzufragen, sich

um erste Schritte der Barrierearmut zu bemühen und das auch nach außen hin zu kommunizieren."

Welche zusätzlichen Ressourcen und Maßnahmen sind notwendig, um die Beratungsarbeit an den Schnittstellen zu unterstützen?

"Für mich ist der entscheidende Faktor: Zeit. Wir brauchen nicht nur mehr Zeit für die individuelle Beratung, sondern auch für die Vernetzung und den Austausch mit anderen Stellen. Ich glaube, es wäre wirklich hilfreich, wenn in jeder Kommune eine Stelle im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) mit diesem Schwerpunkt eingerichtet wäre, die diese Themen koordinieren und unsere Beratungsarbeit unterstützen. Wenn ich mit den Jobcenter-Mitarbeiter*innen spreche und wir über eine Zusammenarbeit im Kreis diskutieren, stoße ich schnell an die Frage: "Wann soll ich das machen?" Denn alles, was ich zusätzlich mache, wie Netzwerkarbeit und die Teilnahme an Arbeitskreisen, geht von meiner Beratungszeit ab. Das führt zu einem unhaltbaren Druck."

Gibt es zum Abschluss noch etwas, das Sie besonders betonen möchten?

"Ich möchte betonen, wie wichtig es ist, dass wir in der Gesellschaft mehr Empathie für die Herausforderungen entwickeln, mit denen junge zugewanderte Menschen mit Behinderung konfrontiert sind. Sie müssen oft gegen viele Widerstände ankämpfen, und sie brauchen unsere Unterstützung. Diese jungen Menschen haben so viel Potenzial, aber sie brauchen die richtigen Rahmenbedingungen, um sich entfalten zu können. Es liegt an uns allen, ihnen die Unterstützung zu geben, die sie verdienen."

Jugendsozialarbeit

Das Interview führte Christine Müller.

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell c/o LAG KJS NRW Kleine Spitzengasse 2 - 4 50676 Köln

E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print) ISSN 1864-1911 jugendsozialarbeit aktuell (Internet) ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers REDAKTION: Franziska Schulz DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln

Aus Gründen des Datenschutzes wurde darauf verzichtet, die Aussagen explizit den einzelnen Kolleg*innen zuzuordnen.